

24. JUL 1920

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Zentral-Franken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 30

Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementpreis: 2,50 M für das Vierteljahr.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Gotha, 25. Juli 1920

(Ersparnis Nr. 174)

Inserate kosten 75 Pfa. die einpaltige Zeile.
Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellen-
vermittlung-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfa.

34. Jahrg.

Allgemeine Rechtsverbindlichkeit des Reichstarifvertrages für die Schuhindustrie.

Wie uns vom Reichsarbeitsministerium unter dem 9. Juli d. J. mitgeteilt wird, wurde der zwischen dem Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands in Nürnberg und dem Verband der Deutschen Schuh- und Schweißfabrikanten am 14. April 1920 abgeschlossene Tarifvertrag nehm Zusatzvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Schuhindustrie (im Rahmen des § 1 des Tarifvertrages) gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt S. 1456) für das Gebiet des Deutschen Reiches für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. Mai 1920. Nachdem die allgemeine Verbindlichkeit ausgesprochen ist, hat der Reichstarifvertrag Gültigkeit für alle Betriebe, eintritt, ob der Betriebsinhaber Mitglied einer Arbeitgeberorganisation ist oder nicht.

Indem wir unseren Kollegen Vorstandsmitglieder zur Kenntnis bringen, machen wir darauf aufmerksam, daß, soweit der Reichstarifvertrag bisher nicht durchgeführt und die im Zusatzvertrag festgesetzten Löhne nicht bezahlt wurden, die Nachzahlung vom 1. Mai 1920 ab verlangt werden kann. In allen diesen Fällen ist dem zuständigen Tarifsekretär sofort unter Angabe der betrieblichen Lohnmängelung zu machen, damit der Tarifsekretär die Klage wegen Nachzahlung bei dem Reichsarbeitsministerium einreichen kann.

Der Vorstand.

Der Kampf gegen die ortho- pädischen Werkstätten der Beschaffungsstellen.

Nicht allein in Zeitungsartikeln, sondern auch in Versammlungen werden den Kriegsbeschädigten unrichtige Angaben über die Werkstätten der orthopädischen Beschaffungsstellen gemacht. In der Mitgliederversammlung am 12. Juni ist gesagt worden, daß einigen Kriegsbeschädigten die in der orthopädischen Werkstätte angefertigten Stiefel nicht recht gepaßt hätten. Merkwürdig ist hierbei, daß sich die Betroffenen niemals über die angeblich unpassenden Stiefel in der Beschaffungsstelle selbst beklagt haben. Wir wollen nicht so ins Kleinliche verfallen und nicht eingehen, welche Fehler und Mängel nachweislich bei den von einigen Handwerksmeistern gelieferten Arbeiten vorgekommen sind, denn dadurch werden die sinnlosen Streitereien und Geschäftstriebe auf beiden Seiten nur verstärkt. Wir wollten alle bemüht sein, etwa vorgekommene Fehler in Zukunft möglichst zu vermeiden.

Wenn nun auf das fortwährende Betreiben gewisser Interessenten ganz zu Unrecht gefordert worden ist, die orthopädischen Werkstätten der Beschaffungsstellen nur noch mit einigen Arbeitern, möglichst Kriegsbeschädigten, zur Ausführung von Reparaturarbeiten zu unterhalten, so ist darauf zu erwidern, daß nach zuverlässigen Informationen für die zuständigen Stellen zurzeit keine wichtigen betriebsfähigen Gründe vorliegen, die im Interesse der Kriegsbeschädigten nach reiflicher Überlegung aus bestimmten zweckmäßigen Gründen eingerichteten orthopädischen Werkstätten eingehen zu lassen. Selbstverständlich werden Kriegsbeschädigte, wenn solche trotz ihrer erheblichen Gebrechen nach einer befriedigenden Arbeit leisten können, nach Möglichkeit in der Werkstätte aufgenommen. Das Verlangen der Handwerksmeister, die Arbeiter von den orthopädischen Werkstätten zu entlassen, ist unberechtigt und unzumutbar, wie an zuständiger Stelle, sowie in der Presse bereits nachgewiesen ist.

Es ist richtig, daß den Kriegsbeschädigten freistehen muß, wo sie ihre Arbeiten vornehmen lassen wollen, und daß sie hierin von niemand, besonders nicht von interessierter Seite beeinflusst werden sollen. Seit längerer Zeit wird aber von Privatunternehmerseite versucht, nicht nur in der Wahrheit nicht entsprechenden Zeitungsartikeln und Versammlungsvorträgen, sondern auch an den ärztlichen Verhandlungstagen direkt im Wart- und Vorstellraum mit unläuterer Mitteln die Kriegsbeschädigten gegen die orthopädische Werkstätten der Beschaffungsstellen zu beeinflussen. Es wird auf die Kriegsbeschädigten in einer Weise eingewirkt, daß von einer freien Wahl darüber, an wen dieselben ihre Arbeiten vergeben wollen, nicht mehr gesprochen werden kann. Es ist doch vorzuziehen, daß auf Kriegsbeschädigte, die bereits ihren Auftrag an die orthopädische Werkstätte der Beschaffungsstelle vergeben hatten, derartig aufdringlich im Warteraum eingewirkt worden ist, daß sie ihren Auftrag an Privatunternehmer umschreiben ließen.

Wer agitatorisch tätig ist, oder sonst eine Funktion im Verband ausübt, wird mit großem Nutzen unter „Jahrbuch“ lesen. Es enthält das wichtigste über Entwicklung, Inhalt und Auslegung unseres Reichslohntarifs. In den zahlreicheren Nachweisen über die Entwicklung, die Finanzabteilung, das Unterstützungsstellen des Verbandes, über dessen Kampffähigkeit und Erfolge geht es auf die Entstehung des Verbandes zurück. Arbeitslosigkeit, Arbeitsmarkt, Schacharbeiter- und Lehrlingsverhältnisse sind statistisch behandelt; die Wirtschaftslage und die neue Arbeitergesetzgebung eingehend bearbeitet. Jedermann sichere sich den Besitz dieses unentbehrlichen Hilfs- und Nachschlagewerkes! Die Auflage ist eine beschränkte, sodas rasche Bestellung notwendig erscheint. (Näheres siehe Bekanntmachung des Zentralvorstandes.)

Es besteht für die orthopädischen Werkstätten die Gefahr, daß wenn nicht sofortige gegen diesen Uebelstand eingeschritten wird, dieselben bald nicht mehr soviel Aufträge erhalten werden, um alle Arbeiter voll beschäftigen zu können. — Es muß deshalb gefordert werden, um eine Einmütigkeit auf die freie Entschliebung der Kriegsbeschädigten auszuwirken, daß der Aufsicht im Vorstell- und Warteraum an den ärztlichen Verhandlungstagen solchen Personen, die an der Vergabe der Aufträge interessiert sind, nicht gestattet wird.

Betrachtet man die auf beiden Seiten — Privatunternehmer und städtische Beschaffungsstellen — bei der Auseinandersetzung vorhandenen Auffassungen näher, so kommt man zu dem Schluss, daß hier zwei Gegenläufige bestehen, die kaum aber überhaupt nicht zu vereinbaren sind. Hier stehen Unternehmer- und Arbeiterinteressen sich gegenüber, beide kämpfen um ihre Existenz. Durch die infolge des langen Krieges entstandene wirtschaftliche Notlage und dem allgemein schiedrigen Geldgang kommen die Privatunternehmer auf den Gedanken, die orthopädischen Arbeiter für die Kriegsbeschädigten allein für die Privatbetriebe zu beschäftigen. Sie haben zwar heute schon den weitaus größten Teil dieser Arbeiten, doch wollen sie rechtlos das Ganze haben. Man fordert die Beilegung der für den Staat und somit für die Volksgemeinschaft preisvergebend wirkenden orthopädischen Werkstätten der Beschaffungsstellen aus denselben durchsichtigen, aber nicht ausgeprochenen Gründen, wie alle anderen gewinnbringenden Interessen, die fortgesetzt nach der Aufhebung der sogenannten Zwangswirtschaftsartikeln, um in den Preis- und Profitgesprächen umso freier und ungebundener zu sein. Ingegeben wird aber als Grund, wie die Privatunternehmer einig und allein für den Wohl der Kriegsbeschädigten Kameraden bemüht sein wollen, wenn sie nur erst einen kleinen orthopädischen Arbeiter in Händen haben. Dieser wird über-

gen es sich die Kriegsbeschädigten einmal, soweit sie nicht interessierte Handwerksmeister sind, ab der Schein nicht trägt. Solange die Handwerksmeister von ihrer Privatunterschied genügen Arbeit und größeren Verdiensten hatten, haben sie für die Kriegsbeschädigten wenig, oftmals nur nach mehrmaliger Aufforderung, ein Paar Stiefel geliefert.

Wenn immer wieder behauptet wird, die orthopädische Beschaffungsstelle sei ein höchst unrentabler Betrieb, so sollte man doch auch die nötigen Beweise beibringen. Es muß dem gegenüber festgestellt werden, daß der zahlenmäßige Nutzen nachweislich der Arbeiter allein in den letzten sieben Monaten durch die orthopädischen Werkstätten, bei einem Arbeiterstand von einigen 40 Mann, circa 120 000 Mark beträgt. — Die Rentabilität staatlicher orthopädischer Werkstätten ist bedingt teilweise durch Wegfall der hohen Löhnen, Kellern und Vergleichen, welche bei den staatlichen Werkstätten in Wegfall kommen. Die Rentabilität ist weiter bedingt dadurch, daß die orthopädischen Werkstätten naturgemäß ohne geschäftlichen Nutzen arbeiten. Der geschäftliche Nutzen, den Privatfirmen als Mindestforderung beanspruchen, beträgt nach Zurechnung von 20 Prozent Geschäftsstellen weiter 30 Prozent persönlichen Nutzen. Alles, was sonst noch über die Notwendigkeit und die Vorteile der orthopädischen Werkstätten der staatlichen Beschaffungsstellen zu sagen wäre, ist zu dem Artikel im „Schuhmacherfachblatt“ vom 12. Juni nachzulesen. Die Organe der Kriegsbeschädigten- und Arbeitervereine, sowie die „Handwerksmeister“ haben die ihnen ebenfalls zurhanden Artikel auffälligerweise bis heute nicht zum Ausdruck gebracht und damit die Notwendigkeit der Angliederung der Handwerksmeister abgeschwitten. Auch die bürgerliche „Nürnberger Zeitung“ lehnte die Aufnahme ab.

Der Betriebsrat der orthopädischen Beschaffungsstelle Nürnberg.

Schlichtungskommission der Schuhindustrie, Bezirk Stuttgart

Sitzung vom 1. Juli 1920.

Wasserschub: Rechtsanwalt Dr. Waldmüller als Vorsitzender, die Herren H. Spieg-Stuttgart, E. Nieren-Lödingen, W. Weber-Hellbrunn als Arbeitgebervertreter, H. Steiner-Gaunzler, H. Juch-Kannath, S. Reichow-Stuttgart als Arbeitervertreter.

In den verbundenen Streitigkeiten des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands, Bezirk Stuttgart, gegen:

- 1. J. Eisenmann in Kirchheim a. N.
- 2. H. Rosenberger in Kirchheim a. N.
- 3. H. Kauer in Kirchheim a. N.
- 4. W. Barth, Kirchheim a. N.
- 5. Karl Kreeb, Göttingen.

Erklären: die von Klägern des Zentralverbandes beauftragte Rechtsanwalt Kauer in Stuttgart, die die Firma K. Kreeb außerdem der Teilhaber Karl Kreeb, die die Firma Eisenmann vertreten.

Der Vertreter des Zentralverbandes stellte auch begründete seine Entzügen entsprechend den Klageartikeln vom 21. Juni 1920 und gab auf Befragen an, daß die letzten Ferien von den beklagten Firmen etwa im Juni vorigen Jahres gewährt worden seien.

Rechtsanwalt Kauer beantragte kostenpflichtige Klageabweisung und führte im wesentlichen aus: Es lasse es dahingestellt, ob ein Rechtsanspruch auf Ferien überhaupt bestehe. Selbst, wenn ein solcher Anspruch begründet sei, dann habe der Arbeitgeber zu bestimmen, in welcher Zeit die Ferien zu gewähren seien. Die Firmen (Kl. 2-4), die ihren Betrieb zurzeit völlig stillgelegt haben, seien bereit, bei Wiedereröffnung des Betriebes allen den Arbeitern, die sie in der Lage seien wieder einzustellen, Ferien zu gewähren. Von der Firma Kreeb seien zu Anfang des Monats Mai noch 90-100 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt gewesen, aus Mangel an Arbeit hätten Ende Mai 20 Arbeiter im Benehmen mit dem Betriebsrat entlassen werden müssen. Diese

ab Woche.
den mit
er Grün-
Mag, ein
verloren
orkand.
ung in
e Haus.
1
Rennt
st ab an
7 1/2 Uhr im
all 17.
nd 8 Uhr, im
end 10 Uhr,
von Städt
7 1/2 Uhr;
higen 8 Uhr
nd 8 Uhr
Sommer
Uhr in den
7 1/2 Uhr
auf 17.
8 Uhr im
80-82.
nd 8 Uhr
straße.
8 1/2 Uhr.
ttage 8 Uhr
entige Steuer-
n Angelegen-
s unfernen Be-
ten. — Ver-
llen verzieh-
Wir bitten
dankten.
o d. Gotha.
Co., Gotha.
verfand am
tische
nd.
e Erbe.
e Gratzsch.
f.
in Leiden ver-
Alter von 42
Hörig
denachtet ihm
elberg 1. G.

Arbeiter hätten einen Anspruch auf Fertengewährung nicht. Auch wenn man nun geltend machen wollte, daß die Entlassung von Arbeitskräften kurz vor den sonst üblichen Ferien eine gewisse Härte bedeute, so sei bei der Beurteilung dieser Frage die Lage der gesamten Schuhindustrie mit zu berücksichtigen. Die Firma Kreeb sei zur Zeit nicht in der Lage, falls sie je verurteilt würde, die für die Fertengewährung erforderlichen Gelder aufzubringen.

Für die Firma Eisenmann verlas der Vorsitzende deren schriftliche Äußerung vom 29. Juni 1920.

Nach Beratung verständigte der Vorsitzende folgende Entscheidung der Schlichtungskommission:

Die besagten Firmen sind verpflichtet, ihren infolge Geschäftskrisis und der damit verbundenen zeitweisen Stilllegung der Betriebe, die Firma Kreeb ihren infolge teilweiser Betriebs Einschränkung entlassenen Arbeitern und Arbeiterinnen die im Reichstarifvertrag für die Schuhindustrie festgelegten Ferien von 7 Arbeitstagen zu gewähren oder die für diese Ferien nach § 8 des Reichstarifvertrages festgesetzte Vergütung zu bezahlen und die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Begründung:

Nach § 8 des Reichstarifvertrages für die Schuhindustrie haben sämtliche Arbeiter eines Betriebes, die mindestens 3 Monate mit ihrer vollen Arbeitskraft für den gleichen Betrieb gearbeitet haben (d. B.), Anspruch auf gleichzeitige Gewährung von Ferien. Der derzeitige Stillstand der Schuhindustrie hat es nun mit sich gebracht, daß kurz vor der für die Fertengewährung hauptsächlich in Betracht kommenden Zeit in den Betrieben umfangreiche Einschränkungen, die teilweise Arbeiterentlassungen zur Folge hatten, vorgenommen werden mußten. Es ist nun allerdings richtig, daß Anspruch auf Ferien nach § 8 des Reichstarifvertrages grundsätzlich nur diejenigen Arbeiter haben, die bei Beginn der Ferien in einem Betrieb in diesem Betrieb beschäftigt sind. Keinen Anspruch auf Ferien hätten danach solche Arbeitskräfte, die mehr oder weniger lange Zeit vor Ferienbeginn aus irgend welchen Gründen aus dem Betrieb ausgeschieden sind. Die Anwendung dieses Grundgesetzes auch auf die wegen der gegenwärtigen Geschäftskrisis kurz vor Beginn der Fertenzzeit aus den Betrieben ohne ihr Verschulden entlassenen Arbeiter würde nun eine erhebliche Härte für die Arbeiter bedeuten. Es sind deshalb auch die Betriebe der Schuhindustrie mit wenigen Ausnahmen bis jetzt in der Weise verfahren, daß sie bei Beginn der Geschäftskrisis zunächst von Arbeiterentlassungen Abstand nahmen und in ihren Betrieben sämtliche Arbeiter, die nach § 8 des Reichstarifvertrages darauf Anspruch hatten, bezahlte Ferien gewährten. Erst nach Ablauf der Ferien haben diese Firmen, soweit die Geschäftslage dies notwendig machte, Arbeiterentlassungen vorgenommen. Auch von den besagten Firmen durfte erwartet werden, daß sie die in der Schuhindustrie allgemein üblichen Gebrauchs folgen. Sie mußten, da sie abweichend von der allgemeinen Übung ohne Fertengewährung Entlassungen vorgenommen hatten, antragsgemäß verurteilt werden. Sowie in ihren Betrieben die Gewährung bezahlter Ferien für die entlassenen Arbeiter nicht möglich ist, haben sie diesen Arbeitern unter den in § 8 festgesetzten Voraussetzungen, wobei insbesondere auf § 8 Ziffer 1 Abs. 3 zu verweisen ist, ihren durchschnittlichen Arbeitsverdienst der letzten vier vollen Arbeitswochen zu vergüten.

Da die Besagten antragsgemäß verurteilt werden mußten, haben sie auch die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Rechtstat Dr. Waldmüller.

Anmerkung des Berichterstatters: In der Begründung obiger Entscheidung ist der Hinweis fälschlich, daß der Arbeiter mindestens 3 Monate mit seiner vollen Arbeitskraft für den gleichen Betrieb gearbeitet haben müsse, bis er Anspruch auf Ferien habe. Die Bestimmung des Reichstarifvertrages bezieht sich nur auf die Heimarbeiter.

Die Ursachen des schlechten Versammlungsbefuches.

In unserem letzten Artikel haben wir unseren lauen Kollegen den Standpunkt klar gemacht, wie unvernünftig sie handeln, wenn sie regelmäßig die Versammlungen der Gewerkschaft schwänzen. Heute wollen wir noch auf einige andere Ursachen hinweisen.

Es ist eine alte Erfahrung, daß in mancher Jahreshälfte der Besuch ein recht guter ist, während in dem Nachbarort der Besuch zu wünschen übrig läßt. Ja, in manchem Ort sind die Versammlungen anderer Vereine gut besucht und in dem einen nicht. Das liegt oft viel daran, daß die Versammlungsleitung eine mangelhafte, ungenügende ist.

Ein tüchtiger Bevollmächtigter, der die Versammlung leitet, wird für passenden Beratungsmaterial sorgen und diesen vor der Versammlung selbst gut studieren. Damit er, wenn die Diskussion beginnt, das Thema beherrscht, und bei längeren Abweichungen der Redner vom Thema die in die Tagesordnung erinnert. Er muß sich mit den parlamentarischen Gebrauchen vertraut machen, worüber ihm jeder ältere Genosse am Orte Auskunft gibt.

Der Versammlungsleiter hat es in der Hand, daß die Diskussionen nicht ins Weite oder in persönliche Fäulnisse ausarten. Am besten ist, wenn der Versammlungs-

leiter selbst sehr wenig mitredet; er hat vorläufig zu tun, wenn er den Redestrom in seinen Ufern und die glatte Abwicklung der Diskussion im Auge behält.

Eschen mehrere Punkte auf der Tagesordnung, so muß er dafür Sorge tragen, daß die Zeit so eingeteilt wird, daß zur Erörterung jedes Punktes die nötige Zeit bleibt und keiner zu kurz kommt.

Der Leiter muß unparteiisch sein, und wenn die Versammlung resp. Debatte einen etwas klärischen Verlauf nimmt, seine Ruhe und Besonnenheit wahren und die Redner, wenn erforderlich, zur Sachlichkeit und Ruhe mahnen.

Der Leiter muß sich bewußt sein, daß die Würde der Versammlung in seiner Hand liegt. In aufgeregten Debatten gelangt es demselben oft, durch einige freundliche oder humorvolle Worte die Redewogen zu glätten. Vor jeder Versammlung sollte sich der Vorstand über die zu erlegenden Themen besprechen.

Ein beliebiger, antrengendes und für die Schulung der Mitglieder sehr vorteilhaftes Verfahren ist die Errichtung von Diskussionsabenden unter Leitung eines tüchtigen Kollegen. An Stoff fehlt es ja nie. Diese Diskussionsabende können außer der Reihe der Mitglieder- Versammlungen stattfinden. Jeder der Teilnehmer an den Diskussionsabenden studiert eine Broschüre und referiert über den Inhalt erst im engen Kreis seiner Mitteilnehmer. Noch besser ist, wenn mehrere die gleiche Broschüre studieren und dann alle unter sich parlamentarisch diskutieren. Jeder Teilnehmer bemühe sich, seine Gedanken kurz und präzis auszudrücken. Diese werden die besten und belebtesten Debatten.

Jeder sei ernstlich bemüht, daß er sich nicht zu einem Vereinschredens entwickelt, der unter allen Umständen lange und oft teuer, daß der, wenn er nur das Vereinslokal betritt, bewirkt, daß die Anwesenheit eine Gänsehaut bekommt, und der es dann auch fertig bringt, die Mitglieder fort zu reden und ihnen den Versammlungsbefuch gründlich zu verleiern.

In einer guten Jahreshälfte ist der Verkehr der Vorstandsmitglieder und der Mitglieder ein freundschaftlich kollegiales. Die Vorstandsmitglieder müssen nicht nur durch Worte, sondern in ihrer ganzen Art und mit gutem Beispiel den Kollegen vorangehen. Dafür haben die Mitglieder die Pflicht, den Vorstandsmitgliedern ihr Amt so viel als möglich zu erleichtern. Leider geschieht nicht selten das Gegenteil.

Ein Teil der Mitglieder ist gar zu leicht geneigt, wenn nicht alles so nach ihrem Willen wie am Schnürchen geht, wenn bei Forderungen nicht alles erreicht wird was verlangt wurde, dann jagelt es nicht selten Vorwürfe und Beleidigungen, ja teilweise sogar Beschimpfungen. Nicht selten verliert durch solches Gebahren eine Jahreshälfte ihre besten Beamten, denn jarfühlende Naturen gehen solchem Beginn aus dem Wege, ist ein solches Amt doch außerdem mit mancherlei Widerwärtigkeiten verbunden. Zudem weiß jeder ältere Kollege aus Erfahrung, daß die Großmüher in den meisten Fällen verjagen. Die Mitglieder sollen durchaus nicht alles stumm über sich ergehen lassen, aber, wenn es sich nur um untergeordnete Vergehen oder um strittige Fragen handelt, soll bei aller Kritik der kollegiale Standpunkt gewahrt werden.

Arbeiten so Vorstand und Mitglieder einträchtig Hand in Hand, dann wird das sehr dazu beitragen, den Versammlungsbefuch zu heben.

Allmonatlich sollte von einem guten Referenten ein Vortrag gehalten werden. Auch kurze Vorträge sind angebracht, aber diese muß der Vortrager auch erst zuhause geübt haben. Gute Aussprache, richtige Betonung der Sätze ist notwendig, um das Interesse der Hörer zu fesseln.

Eine gute Vortragsweise erzielt oft einen Vortrag, aber der Vortrager muß den Text so beherrschen, daß er öfter auslöschen kann und die Hörer in seinen Bann hält. Eine Vortragsweise sollte nie über 1/2 Stunde dauern. Es eignen sich dazu keine Broschüren und Zeitungsausschnitte. Der Versammlungsleiter muß die Geschäftsordnung und die parlamentarischen Gebrauche kennen lernen. Nur mit Hilfe dieser Kenntnisse kann er die Ordnung der Versammlung wahren.

Wir erwarten, daß bei strenger Anwendung unserer Vorschläge der Versammlungsbefuch sich bessert.

Pension!

In Nummer 26 des Fachblattes unterzieht Kollege H. v. Dresden unter dieser Überschrift eine Einrichtungs in unserem Verband einer abfälligen Kritik. Die Ausführungen des Kollegen H. v. Dresden haben mit den Tatsachen im Widerspruch und lassen erkennen, daß er über keine große Sachkenntnis unserer Organisationseinrichtungen verfügt. Unsere Beamten sind verpflichtet, der Angestelltenversicherung anzugehören, außerdem gehören dieselben alle einer Unterstützungsvereinigung an. Aus diesen Versicherungen erhalten die Beamten nach einer bestimmten Mitgliedsdauer im Falle der Invalidität Invalidenrente und im Todesfall erhält die Witwe Witwenrente und die Kinder Waisenlohn. Auf dem Würzburger Verbandstag im Jahre 1918 wurde diese Pensionsberechtigung aus Verbandsmitteln erweitert und auch auf die Kollegen ausgedehnt, die infolge ihres Alters der Angestelltenversicherung nicht angehören können. Den Mitgliedern, die sich für die Frage interessieren, ist zu em-

sehen, das Protokoll des Würzburger Verbandstages von Seite 331 bis 336 nachzulesen. Auf dem diesjährigen Nürnberger Verbandstag ist den veränderten Verhältnissen entsprechend der Inhalt des Würzburger Verbandstages revidiert worden. Der durch das Studium des Protokolls, die Gründe, die zu den Beschlüssen der Verbandstage geführt haben, kennt, wird ein anderes Urteil fällen, wie Kollege H. v. Dresden. Die Schlussfolgerung des Kollegen H. v. Dresden, daß ein nicht wiedergewählter Verbandsbeamter die Pension erhält, ist der letzte Unfuss. Voraussetzung der Pension ist, daß der in Frage kommende Angestellte die geistige oder körperliche Fähigkeiten zur Ausübung seiner Tätigkeit nicht mehr besitzt, oder mindestens 65 Jahre alt ist. Wenn ein Beamter nicht wiedergewählt wird, dadurch erlangt er keineswegs die Berechtigung auf Pension. Durch die Art und Weise, wie Kollege H. v. Dresden unwahren Behauptungen diese Sache behandelt, wird das Eintreten, was Kollege H. v. Dresden bekämpft, nämlich, daß zwischen Mitgliedern und angestellten Kollegen die Entfremdung immer mehr zutage tritt.

Arbeiter, seid auf der Hut!

Das Unternehmertum ist täglich und stündlich tätig, seine Interessen gegen die Arbeiterklasse zu wahren und seine Macht über diese zu behaupten. Man kann nicht oft und eindringlich genug darauf hinweisen, daß die wirtschaftlichen Kämpfe der Zukunft den Charakter unerhörter gegenfeitiger Kraftanspannung und Erörterung tragen werden. Es handelt sich in der Zukunft nicht mehr allein um Verbesserung der Lebensbedingungen, sondern diese Kämpfe werden Entscheidungskämpfe sein, in denen es hart auf hart geht. Ihr Verlaufs hat zu entscheiden, ob auch weiterhin das kapitalgemaltene Unternehmertum allein und selbstherrlich über Umfang und Art der Produktionsführung, der Preisgestaltung und Gewinnbeteiligung verfügen soll oder ob die industrielle Arbeiter- und Angestelltenchaft als der eigentlich werteschaffende Faktor der Produktion entscheidend mitbestimmt.

Die Klüftung der beiden Machtgruppen, Unternehmertum und Arbeiterchaft, wird unaufhörlich betrieben. Das Unternehmertum ist der Arbeiter- und Angestelltenchaft insofern voraus, als es nicht durch politische Meinungsverschiedenheiten gespalten und in seiner vollen Aktionskraft gelähmt ist. Als neues Volkswort ist jetzt von den vereinigten Arbeiterverbänden eine Streikrechtlichungs-gesellschaft „Deutscher Streikklub“ neu ausgebaut worden. Es wird mitgeteilt, daß diese Organisation bereits über einen namhaften Reservefonds verfügt.

Keinemwegs soll die Tatsache der Gründung oder des Bestehens einer solchen Organisation überhöht werden. Aber es ist nötig, daß man sich in der Arbeiterklasse nicht über die Kraft des Gegners. So gewiß die materielle Überlegenheit bei allgemeinspolitischen Kämpfen allein nicht entscheidet, so gewiß kommt ihr gerade bei wirtschaftlichen Kämpfen die Hauptrolle zu. Die Arbeiterklasse hat gegen zwei Fronten zu kämpfen: gegen die Regierung, die mit der angeknüpften Schlichtungsordnung das Streikrecht abwürgen soll, und das koalitierte und finanziell getragene Unternehmertum, das nicht davor zurückweicht, die Arbeiterchaft durch Hunger auf die Knie zu zwingen. Diesen Ausichten muß die Arbeiterchaft gewachsen sein. Die politischen Differenzen dürfen das Geschehen der Gewerkschaften nicht erschüttern. Sie sind ein Machtfaktor, der dem Ansturm der Regierung und des industriellen Kapitals gewachsen bleiben muß.

Die Wirtschaftskrise, ihre Ursachen und ihre Lehren.

Vortrag.

gehalten vor den Funktionären des Holzarbeiterverbandes von Adolff Dillerding.

Wir haben gegenwärtig einerseits jene Verringerung des Konsums, die den Abfall im Inland außerordentlich hemmt; gleichzeitig damit haben wir eine verringerte Exportmöglichkeit, weil die Differenz zwischen den deutschen Preisen und den Weltmarktpreisen durch die Hebung der Wälat bedeutend verringert worden ist.

Infolgedessen erleben wir augenblicklich eine Absatzkrise. Wir haben sie deshalb, weil die Leute, die heute Warenlager in der Hand haben, sich diese zu einer Zeit anketen, wo die deutsche Mark noch sehr entwertet war. Sowie die Waren vom Ausland kommen, haben sie diese verhältnismäßig hoch eingekauft und wollen deswegen keine Preisermäßigung aufgeben. Sie erwarten, wenn sie eine Zeitlang aushalten werden, daß das Preisniveau sich halten werde. Sie sind der Meinung, daß das inländische Preisniveau noch immer nicht nach dem ausländischen vollständig gleich sei. Solange das aber noch nicht der Fall ist, besteht sie ein Monopol im Inland. Daher die Zurückhaltung auf dem Warenmarkt.

Da die Händler nichts abnehmen, schlägt das zurück auf die Produktion. Wir sehen, wie sehr bereits Einschränkungen und Einschränkungen in den Betrieben erfolgen, in der Textil- und Schuhindustrie. In dem bekannten Zentrum der Schuhindustrie, Vitzmanns, setzen gegenwärtig mehr als 10 000 Arbeiter; von den etwa 15 000 Arbeitern der hiesigen Textilindustrie sieht etwa die Hälfte vor der Entlassung. Die Wäsen, die

Landestages
esährigen
Verbands-
Verbands-
abium des
der Ver-
eres Urteil
zung des
Verbands-
inn. Vor-
kommende
seiten zur
oder mün-
nicht wies
ga die So-
Welle, wie
diese Sache
inge schen-
te und an-
mehr zu

Hut!
adlich tätig,
waren und
n nicht oft
die wirt-
uherörter
ang tragen
ndern diese
n denen es
schleiden, ob
erhemertum
er Provi-
beitteil-
stende Fal-

nternehm-
Das
schlechtschaft
Meinungen
Aktions-
geht von den
streifverhö-
ausgebaut
nifikation be-
stigt.
ang oder des
stigt werden.
terklasse klar
ie materielle
ssen allein
be bei wirt-
die Arbeiter-
egen die No-
ngsordnung
kollierte und
sticht bevor zu
auf die Knie
eiterkraft ge-
rien das Ge-
ie sind ein
e und des in-

**ihre
ehren.**

iterverbandes
ene Berringe-
Inland außer-
den wir eine
Differenz zw-
marktspresen
ringert wor-

h eine Ab-
eute, die heute
zu einer Zeit
entwertet war
haben sie dies
deswegen
erwartet, wenn
es Preisniveau
das das Inlan-
den auslän-
aber noch nicht
Inland. Daher

lägt das zurück
bereits Ein-
rieben erfolgen.
e. Ja dem be-
Wismarsen,
eiter; noch den
Industrie steht
Die Wasser, die

zur Weiterverarbeitung zur Verfügung stehen, sind außerordentlich hoch bezahlt und die Fabrikanten fürchten, wenn sie diese Waren verarbeiten, beim Verkauf der Fertigfabrikate zu verlieren. Es halten deshalb die Produktion juristisch. Bei der Schuhfabrikation ist diese Frage akut geworden. Hier hätte die Regierung jedoch ein einfaches Mittel: man brauchte nur die Einfuhr von Leder freizugeben, um zu erzwingen, daß die Lederpreise in Deutschland heruntergehen. Es ist möglich, die Ledereinfuhr zu begünstigen, andererseits müßte das Ausfuhrverbot in Schuhen aufrechterhalten werden. So würden die Fabrikanten gezwungen, mit den Schuhpreisen herunterzugehen. Denn Leder ist eine Ware, bei der der Weltmarktpreis und der Inlandspreis gleich sind.

Auch in anderen Industrien sind Symptome dafür vorhanden, daß die jetzige Situation nicht von langer Dauer sein kann. Die Händler werden nicht in der Lage sein, ihre Warenlager sehr lange zu halten. Die Waren sind zum Teil bar bezahlt, zum andern Teil auf Kredit genommen.

Man können wir gleichzeitig mit dieser Absatzkrise eine Kreditkrise beobachten. Die Kreditfrage ist heute aus zweierlei Ursachen schwierig geworden. Schwenner wir an ein Kupferwerkzeug besitzt ein Aktienkapital von einem Million Mark. Es hat Kupfer auf Kredit gekauft. Der Kredit war gesichert durch die angekauften im Betrieb weiterverarbeitende Menge des Kupfers. Wenn das Kupferwert heute noch dieselbe Menge Kupfer verarbeitet müßte, wie früher, so muß es halt eine Million verfallen 25 Millionen dafür zahlen. Es ist aber natürlich schwerer, heute einen Kredit von 25 Millionen zu erhalten, als damals einen solchen von einer Million. Heute erhält die Industrie in der Tat sehr schwerer Kredite, obwohl sie gern 9-10 Prozent Zinsen zahlen will.

Noch viel schwerer wird die Sache beim Handel. Wenn der Handel Kredit in Anspruch nimmt, so bekommt er ihn nur auf kurze Zeit und gegen genügende Sicherheit. Die Händler, die Warenlager haben, sind aber wenig kreditwürdig geworden, denn durch die steigende Valuta ist ihr Warenlager wertlos gemacht außerordentlich im Wert gesunken. Die Kredite werden unsicher, infolgedessen drängen die Banken auf Rückzahlung und so haben einerseits die Händler zwar die Tendenz, die Ware zurückzugeben, andererseits haben aber die Banken die Tendenz, zum Verkauf zu drängen. Das ist eine Situation, in der der Handel der schwächere Teil ist.

Diese Kreditkrise, die sich ankündigt, wird zur Folge haben, daß die Zurückhaltung im Absatz nicht allzu lange dauern wird können und wir daher mit einiger Wahrscheinlichkeit annehmen, daß tatsächlich ein gewisses Sinken des Preisniveaus stattfinden wird. Dann werden die Rentenbäuer, die erreicht worden waren, in der Annahme des weiteren Fallens der Valuta, zusammenstürzen. Wir werden eine Reihe von Bankrotten erleben, die reinigend wirken wird. Sie werden die Scheichhändler, Rentenbäuer und Warenpekulanten ausschalten. Es ist aber klar, daß diese Möglichkeit durchaus noch nicht genügt.

Die wichtigste Ursache der Absatzkrise besteht darin, daß das Einkommen aller auf Arbeit angewiesenen Bevölkerungsschichten Deutschlands weit zurückbleibt hinter der Anpassung, die die Preise erfahren haben. Untere Löhne betragen heute in Deutschland vielfach nur ein Hundst, vielfach sogar nur ein Sechstel desjenigen Lohns, die im Ausland, in den Vereinigten Staaten, England, Holland, Dänemark, Schweden an ähnliche Arbeiterkategorien gezahlt werden. Das Problem ist also die Anpassung der Löhne an die Preise. Dieses Problem ist auf zweierlei Weise zu lösen. Es ist lösbar auf kapitalistische und auf sozialistische Weise. Wie es auf kapitalistische Weise gelöst wird, sehen Sie. Wir haben eine Zeitlang unter großen Aufwendungen von sozialer Kraft Lohnsteigerungen durchgesetzt, die immer wieder durch die Preiserschöngungen unwirksam geworden sind. Wir kommen vielmehr in ein Stadium, wo diese Konstitution der Lohnsteigerungen zeitweilig unterbrochen wird. Aber wenn auch die Kaufkraft des Lohnes nicht mehr so rasch sinkt wie in den früheren Monaten, so erfolgt aber gleichzeitig damit eine Produktions Einschränkung. Die Absatz- und Produktionskrise macht die Arbeiter zum Teil arbeitslos und schafft also eine Situation für die gesamte Arbeiterklasse, die eine Lohnsteigerung außerordentlich erschwert. Dieser Zustand bedeutet Arbeitslosigkeit und Erschwerung aller Lohnkämpfe. Die kapitalistische Lösung der Frage bedeutet also, daß eine allmähliche Anpassung erfolgt auf Kosten und unter beständigen Opfern der Arbeiterklasse. Aber die rein automatische Lösung würde nicht ausreichen. Selbst innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung müßten staatliche Eingriffe gefordert werden. Es müßte die gesetzliche Einschränkung der Bestimmungen über geltende Lohnsätzen erlassen werden, so daß mit dem Steigen der Preise automatisch die Arbeiter steigende Löhne erhalten.

Aber selbst eine solche gleitende Lohnkala kann nicht verhindern, daß Produktionschwierigkeiten eintreten, daß die gesamte soziale Widerstandsfähigkeit der Arbeiterklasse gelähmt wird. Jede kapitalistische Lösung der Krise bedeutet daher eine Lösung auf Kosten der Arbeiterklasse und ein Hinabsinken der Gesundheit des Wirtschaftslebens.

Es wäre allerdings auch nur eine Gesundung im kapitalistischen Sinne. Eine Gesundung des Wirtschaftslebens im Interesse der Gesamtheit kann nur durch eine sozial-

istische Lösung erfolgen. Die Produktion muß aufhören, anständig zu sein. Unsere Regierung und auch die rechtssozialistische Presse hat immer wieder erklärt, Deutschland müsse mehr produzieren. Es sei notwendig, daß intensiver gearbeitet werde. Die Unternehmer entfalten eine unablässige Propaganda für die Beilegung des Achtstundentages. Obwohl Deutschlands Produktionsfähigkeit gestiegen ist, stehen wir heute vor einer Absatz- und Produktionskrise. Die arbeitswillige Arbeiterschaft wird von den arbeitsunwilligen Kapitalisten an der Produktion gehindert, und das in einem Moment, in dem wir unbedingt Erhöhung der Produktion gebrauchen, um die dringendsten Bedürfnisse zu decken. In demselben Moment, in dem jede Steigerung der Produktion begrüßt werden müßte, weil sie allen Schichten der Bevölkerung zugute kommen könnte und vor allem der bedürftigen Bevölkerung, verhindern die Kapitalisten durch ihren Widerstand gegen die so notwendige Anpassung der Löhne an die Weltkölne die Absatzmöglichkeit und durch diesen Widerstand verhindern sie Deutschland an der Produktion.

Das kann nicht bestritten werden durch den Kapitalismus, der für einen möglichst hohen Profit inmitten einer allgemeinen Verelendung produziert, sondern die Produktion muß nach dem Bedarf eingerichtet werden. Die aus der kapitalistischen Ueberproduktion erfolgten Krisen sind schon früher der größte Wahnsinn gewesen, da ein großer Teil des Konsumbedürfnisses auch damals nicht befriedigt wurde. Aber heute, wo jeder nach Ware hungert und 95 Prozent des deutschen Volkes unbedingt Kleidungsstücke und Schuhe brauchen — in einer Zeit des Hungers werden diese Produkte nicht hergestellt, weil der Kapitalismus Preise fordern muß, die einfach nicht erschwinglich sind. Wir könnten Ware herstellen, wir werden aber vom Kapitalismus daran gehindert, weil der Profit unter diesen eigentümlichen ökonomischen Umständen zu gering wäre. Das ist ein absoluter Wahnsinn, der nur überwinden werden kann durch eine sozialistische Wirtschaft, die das Volkswirtschaften befreit und die Produktion einstellt für den Bedarf. Diese Umstellung auf den Sozialismus ist niemals notwendiger gewesen wie gerade jetzt, weil der Kapitalismus zu einem Hemmschuh der Produktion geworden ist. Denn die Absatz-, Geld-, Kredit- und Produktionskrise kann kapitalistisch nur unter Verelendung der breiten Massen gelöst werden, da die kapitalistische Hebung der Produktivität durch kapitalistische Hemmnisse der Produktion immer wieder unterbrochen wird. Sozialistische Lösung bedeutet dagegen eine fortschreitliche Steigerung der Produktion unter Vermeidung der Krisen und bei gleichzeitiger Hebung der Lebenshaltung der breiten Massen.

Ich habe absichtlich gesagt, es wären zweierlei Lösungen möglich, weil ich nicht der Meinung bin, die in vielen Kreisen propagiert wird, daß irgendeine im Rahmen des Wirtschaftens Lebens erlösens und daß demselben automatisch der Sozialismus der Kapitalismus abfallen würde. Ich habe gezeigt, daß auch eine kapitalistische Lösung der Frage möglich ist, aber auf Kosten der Arbeiterklasse.

Es ist wichtig, daß Sie verstehen, daß der Sozialismus nicht durch einen Zusammenbruch kommt, sondern aus dem Bewußtsein und dem Willen der Arbeiterklasse heraus, aus dem Bewußtsein, daß der Sozialismus notwendig ist, um dauernd eine Hebung Ihres Lebenslage möglich zu machen. Nicht auf die Erringung einzelner Reformen ist die Hauptaufgabe anzusetzen, sondern es muß eine völlige Umkehrung des Systems eintreten. Der Kapitalismus stützt sich nicht auf sich, man muß ihn stützen, und das können nur Massen, die erfüllt sind von sozialistischem Bewußtsein, die sich bewußt sagen, wichtiger als alle Reformen ist der Sozialismus, ist die grundlegende Umkehrung des ganzen Wirtschaftslebens. Das ist das Bewußtsein, mit dem sich die Massen erheben müssen, damit sie dem Sozialismus zum Siege verhelfen.

Technisch-ökonomisch ist der Sozialismus heute schon möglich. Nichts ist falscher als das Wort: „Schwund des Bewußtseins, mit dem sich die Massen erheben müssen, damit sie dem Sozialismus zum Siege verhelfen.“
Technisch-ökonomisch ist der Sozialismus heute schon möglich. Nichts ist falscher als das Wort: „Schwund des Bewußtseins, mit dem sich die Massen erheben müssen, damit sie dem Sozialismus zum Siege verhelfen.“
Technisch-ökonomisch ist der Sozialismus heute schon möglich. Nichts ist falscher als das Wort: „Schwund des Bewußtseins, mit dem sich die Massen erheben müssen, damit sie dem Sozialismus zum Siege verhelfen.“

(„Oeffentliches Metallarbeiter“)

Wittellungen.

Burgundstadt. Ueber unsere seit 1. Mai 1920 schwebenden Lohnabstufungen wird nunmehr die Bezirksarbeitskommission in Nürnberg am Freitag, den 23. Juli verhandeln und entscheiden. Als Vertreter der Arbeiterklasse werden an der Verhandlung teilnehmen: Bezirksleiter Hübnermann und Sachstellersvorsitzender Kollege Diegel. Letzterer wird in einer am Donnerstag, dem 24. Juli, abends 8 Uhr im Belt Müller'schen Saale in Burgundstadt stattfindenden sehr wichtigen Delegiertenversammlung

über die Verhandlung und deren Ergebnis Bericht zu stellen. Auf diese Versammlung wird an dieser Stelle besonders aufmerksam gemacht. Insbesondere auf einen bedeutungsvollen Punkt der Tagesordnung: „Antrag auf Erhöhung der Lokalbeiträge um 15 und 20 Pfg. ab 1. August.“ Wir verweisen auf die Bestimmungen des Statuts (§ 6 Abs. 1 und § 8 Ziff. 2a) und erwarten unbedingt vollständigen Besuch. Nichtanwesende haben sich den Beschlüssen zu fügen.

Lübeck-Riel. Am 25. Juli findet ein gemeinschaftlicher Ausflug der genannten Jahressuiten nach der holsteinischen Schweiz statt. Abfahrt: Lübeck 7.17 Uhr, Kiel 6.40 Uhr morgens. Rückfahrt mit den letzten Zügen ab Lübeck. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Stuttgart. Die außerordentliche allgemeine Mitgliederversammlung vom 11. Juni nahm den Verhandlungsbericht entgegen. Kollege Wittlich konnte sich als Referent kurz fassen, da er bereits in Betriebsversammlungen bei Hauweil und Spieg sich ausführlicher geäußert hat. Die Diskussion beschäftigte sich dann ausschließlich mit dem Gesamtergebnis desselben, mit dem sich außer einem kollegen sämtliche Disputanten sowie die ganze Versammlung als nicht befriedigt erklärten. Es kam stark zum Ausdruck, daß die Kollegenheit in den Betrieben ganz besonders in grundsätzlichen Fragen vom Verbandstag eine klarere und präzisere Stellungnahme erwartet hätte. In der Frage der Arbeitsgemeinschaft gibt es kein Ja und ein Nein, ein Paragraf am wirtschaftlichen und politischen Aufstieg der Proletariatklasse ist. Sofortiger Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft muß neuerdings von der Kollegenheit zur Parole, zum Kampfruf und zur Forderung an den Beirat und den Vorstand des Verbandes erhoben werden. Mithras eine tüchtige sachliche und persönliche Zurechtweisung erlaube Kollege Georg Hiller infolge seiner geglätteten Schreibweise in seinem polemischen Artikel gegen denjenigen des Kollegen Wittlich, mit dem er ohne Veranlassung den Boden der Kollegialität und der Sachlichkeit verlassen hat. Eine verbale Zurechtweisung, wenn sachliche Meinungsverschiedenheit zu persönlicher Gehässigkeit ausartet. Daß dies beim Kollegen G. Hiller zutrifft, bekräftigt er selbst in seiner Rechtfertigung damit, daß er den Kollegen Wittlich ein aus dem Bein gebene Wort, was ihm auch gelungen sei. Er zeigt damit, daß sein Artikel lediglich ein Gehässigkeitsprodukt gegen eine politische Auffassung ist, der er nicht mehr zu folgen vermag. Drastischer als mit seinen Ausführungen zur Frage der Diktatur des Proletariats, deren Wesen und Zweck Kollege Wittlich ganz zurecht und jetzt für den vernünftigen Demokratien leicht verständlich geschildert hat, kann er wohl nicht mehr beweisen, daß er den durch Krieg und Revolution verschärften Klassenunterschied und den dadurch bedingten verschärften Klassenkampf geistig zu erfassen nicht mehr in der Lage ist und dazu auch nicht den Willen besitzt. Zu erfahren, daß unter der unentgeltbar vorhandenen, mit Blut und Eisen regierenden bürgerlichen Diktatur es nicht möglich ist, über eine rein papierne formale Halbdemokratie hinwegzukommen. Daß sein Ideal als Demokrat nur erreicht werden kann durch die Diktatur des Proletariats, das heißt durch die Unterordnung der Nichtschaffenden unter die Schaffenden. Der Bericht des Kollegen Steiner über die Sitzung des Verbandesbeirats führt zu tiefgehender Diskussion über Ursache und Wirkung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und ihre speziellen Einwirkungen auf die Schindindustrie, wie über Betriebsströmungen. Die Beschlüsse des Beirats werden gebilligt. Diese Versammlung hat nun bekräftigt, daß in der Stuttgarter Kollegenchaft ein fruchtbarer und gesunder Wind weht. Sie wird sich zur Aufgabe machen, ihn zum Sturm zu entfachen, daß er ausreife die moralischen Auffassungen bei den Schuhmachern Deutschlands, daß er zeitig und aufreißend zum entscheidenden Kampf. Vormärts zum Sturm auf den nächsten feindlichen Stützpunkt. Wieder mit der Arbeitsgemeinschaft!

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die Woche vom 19. Juli bis 25. Juli der 30. Wochenbeitrag fällig ist.

Betrifft Arbeitslosen-Statistik.

Die Arbeitslosigkeit hat in unserem Bezirke einen bedeutenden Umfang angenommen.

Ueber die Arbeitslosigkeit wird, wie dieses den Jahressuiten bekannt, genaue Statistik geführt. Diese Statistik wird von uns an das Reichsstatistische Amt geliefert und von diesem monatlich im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht. Soll eine solche Statistik Anspruch auf Wichtigkeit und Gewissenhaftigkeit erheben, dann ist es notwendig, daß die statistischen Karten akkurat und gewissenhaft ausgefüllt und pünktlich an den Vorstand eingehandt werden. (Das Datum der Einreichung ist auf der Karte abgedruckt.)

Leider erfolgt die Einlieferung der Karten sehr unpünktlich; auch senden einige Jahressuiten noch Nachfragen überhaupt nicht ein. Die Gewissenhaftigkeit der Ausfüllung ist nicht vorhanden.

